Kreisschreiben

des

eidg. Justiz- und Polizeidepartements an die Regierungen
sämtlicher Kantone, betreffend Fremdenpolizei.

(Vom 10. Dezember 1879.)

Hochgeehrte Herren!

Wir sind neuerdings darauf aufmerksam gemacht worden, daß viele Ausländer dem Bettel und arbeitslosen Herumziehen sich hingeben, daß andere die Fristen unbenuzt ablaufen lassen, welche ihnen in den provisorischen Ausweisen zur Beschaffung ordnungsmäßiger Legitimationspapiere gewährt wurden, daß diese Ausweise oft gefälscht werden, und daß sogar Anzeichen dafür vorliegen, daß die Fälschung solcher Ausweise gewerbsmäßig betrieben werde.

Diese Erscheinungen müssen für die Grenzkantone allmähig um so lästiger werden, als in mehreren Kantonen die Fälschung von Legitimationspapieren und der Gebrauch von solchen gefälschten Papieren nicht gerichtlich bestraft wird.

Es scheint uns jedoch, daß in dieser Beziehung eine größere Strenge Platz greifen sollte. Das einfache Abschieben über die Grenze hat meistens bloß den Erfolg, daß das betreffende Individuum auf einem andern Punkte wieder in die Schweiz eintritt. Es kann dieses zwar nicht unter allen Umständen verhindert werden; allein solche Personen werden vor der Rückkehr mehr gewarnt sein, wenn sie vorher gerichtlich bestraft worden sind,

zumal wenn Verweisung aus der Schweiz und Bekanntmachung des Urtheils damit verbunden wurden.

Was die Vaganten und Bettler betrifft, so wird es von den Umständen abhängen, inwiefern eine gerichtliche Bestrafung sich rechtfertigt. Gegenüber solchen Individuen aber, welche mit Gesandtschafts- oder Konsulatsausweisen herumziehen, während die Frist für Beschaffung gehöriger Papiere abgelaufen ist, sollte mit allem Ernste verfahren werden, da aus ihnen allmählig jene Individuen sich rekrutiren, welche sich nicht scheuen, gefälschte Papiere sich zu verschaffen. In dieser Beziehung können wir nur wiederholen, was wir in unserm Kreisschreiben vom 18. April 1878, sub IV, gesagt haben (Bundesblatt 1878, II, 692).

Was die gewerbsmäßige Anfertigung von Legitimationspapieren betrifft, die in der Schweiz betrieben werden soll, so zweifeln wir nicht daran, daß eine diesfällige gerichtliche Untersuchung allseitig kräftig unterstützt würde, sobald die Behörden eines Kantons Grund hätten, eine solche zu eröffnen.

Genehmigen Sie die Versicherung unserer vorzüglichen Hochschätzung.

Bern, den 10. Dezember 1879.

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement:
Anderwert.

Kreisschreiben des eidg. Justiz- und Polizeidepartements an die Regierungen sämtlicher Kantone, betreffend Fremdenpolizei. (Vom 10. Dezember 1879.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1879
Année	
Anno	
Band	3
Volume	
Volume	
Heft	55
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	13.12.1879
Date	
Data	
Seite	1124-1125
Page	
Pagina	
Ref. No	10 010 531

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.